

Deutsche Entwicklungshilfe im internationalen Vergleich — überdurchschnittliche Qualität gefährdet	255
Mittelfristige Tendenzen der Baunachfrage in Berlin (West)	263

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 22/85

Berlin

30. Mai 1985

52. Jahrgang

Deutsche Entwicklungshilfe im internationalen Vergleich — überdurchschnittliche Qualität gefährdet

Vorläufige Berechnungen ergeben, daß die Auszahlungen der staatlichen Entwicklungshilfe der Bundesrepublik Deutschland 1984 gegenüber dem Vorjahr um 240 Millionen DM zurückgegangen sind. Real, also nach Abzug der Preissteigerungsrate, betrug der Rückgang 5 vH; damit wurde das Niveau von 1981 unterschritten. Im folgenden wird untersucht, wie die Qualität der deutschen Entwicklungshilfe im internationalen Vergleich einzuschätzen ist. Nach den verfügbaren Indikatoren schneidet die Bundesrepublik gegenüber anderen westlichen Industrieländern oft günstig ab. Doch mehren sich die Zeichen, daß neben dem Volumen auch die Qualität der deutschen Entwicklungshilfe sinkt.

In der noch immer andauernden wirtschaftlichen Krise in den Ländern der Dritten Welt¹ sind die besser gestellten Länder zu besonders wirksamer Hilfe aufgerufen. Dem hat das tatsächliche Leistungsvolumen der Entwicklungshilfe nicht entsprochen. Während noch von 1977 bis 1980 alle Geber zusammen ihre jährliche öffentliche Entwicklungshilfe (ODA)² um 16 Mrd. auf 40 Mrd. US-\$ — das sind nicht weniger als 68 vH — gesteigert haben, ging die Hilfe in den folgenden Jahren bis 1983 um knapp 4 Mrd. \$ (9 vH) zurück. Allerdings schlägt sich in diesen starken Veränderungen auch das Auf und Ab des Dollarkurses nieder; zu Wechselkursen und Preisen von 1982 betrug der Rückgang immer noch 7 vH.

Diese Entwicklung ist zum großen Teil auf die Leistungskürzung der zur OPEC zählenden Golfstaaten zurückzuführen, bedingt durch die ungünstige Marktlage für ihr Hauptexportprodukt. Die gedämpfte Spendenfreudigkeit der erdölexportierenden Länder brachte einigen Empfängerländern sehr starke Einbußen. Betroffen waren vor allem Syrien (Rückgang um 889 Mill. \$ von 1980 bis 1983) und Jordanien (542 Mill. \$), die beide vier Fünftel ihrer Entwicklungshilfe aus diesen Quellen beziehen, aber auch Marokko (406 Mill. \$), die Türkei (244 Mill. \$) und Pakistan (213 Mill. \$). Dennoch entsprechen z.B. die Nettoleistungen der Golfstaaten fast 3 vH ihres Sozialprodukts, während der Durchschnitt der Indu-

strieländer von dem 0,7 vH-Ziel immer noch weit entfernt ist.

Der größte Teil der Hilfsgelder zu Vorzugskonditionen kommt nach wie vor von den westlichen Industrieländern, die der OECD und ihrem Entwicklungshilfeausschuß (Development Assistance Committee, DAC) angehören. Doch auch diese Geber haben — statt auf die sich anbahnende Krise Anfang der 80er Jahre mit größeren Anstrengungen zu reagieren — ihre Leistungen nur noch zögernd ausgeweitet und in manchen Fällen sogar verringert. Nachdem im Zeitraum 1977 bis 1980 die öffentliche Entwicklungshilfe noch von 15,7 auf 27,3 Mrd. \$ gesteigert worden war, brachte 1981 einen Rückschlag (25,5 Mrd. \$), und anschließend verharrte der jährliche Betrag bis 1983 auf einem Niveau von gut 27 Mrd. \$. Der Anteil der Entwicklungshilfe am Sozialprodukt der DAC-Geberländer sank von 0,38 auf 0,36 vH. Rezession und Bemühungen um die Konsolidierung der Staatshaushalte haben hierzu in einigen Ländern beigetragen.

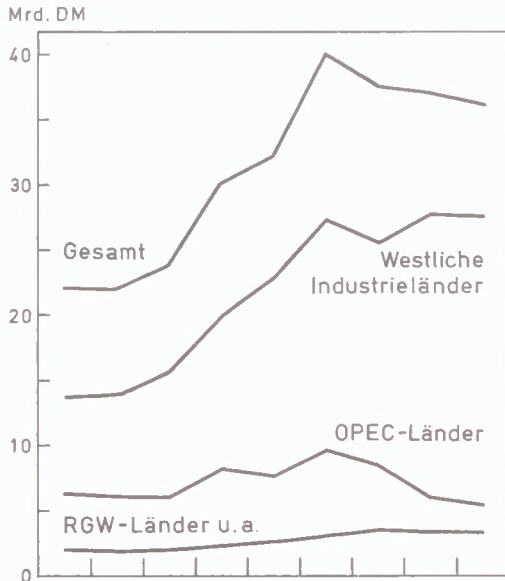
Hinter diesen Durchschnittsergebnissen standen sehr unterschiedliche Zahlungen einzelner Geberländer. Nach

¹ Vgl. Wirtschaftslage in der Dritten Welt — Noch keine Entwarnung für die ärmeren Länder. Bearb.: Herbert Wilkens. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 51 – 52/1984.

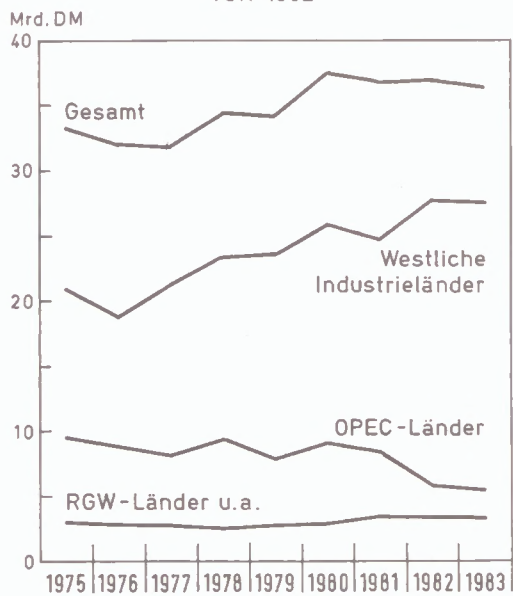
² Official Development Assistance in der Definition des OECD-Entwicklungshilfeausschusses.

WELTWEIT GELEISTETE ENTWICKLUNGSHILFE ¹⁾

ZU JEWEILIGEN PREISEN UND WECHSELKURSEN



ZU PREISEN UND WECHSELKURSEN VON 1982



¹⁾ Netto-Auszahlungen.
Quelle: OECD.

DIW 85

Die international vergleichbaren Statistiken weisen die Geberleistungen in US-Dollar aus. Die Turbulenzen auf den Devisenmärkten erschweren jedoch den Vergleich. Bei der Bundesrepublik Deutschland, deren Währung gegenüber dem US-\$ stark abgewertet wurde, haben sich real zunehmende Entwicklungshilfeleistungen in abnehmenden Dollarwerten widergespiegelt. Dies gilt ähnlich auch für andere westliche Industrieländer. Die durchschnittliche Entwicklungshilfe in den Jahren 1981 bis 1983 lag für alle Industrieländer real³ um knapp 10 vH höher als diejenige im Dreijahreszeitraum zuvor. Das entspricht einer jährlichen Zunahme um gut 3 vH. Dies reichte nicht einmal aus, um den Leistungsrückgang der OPEC vollständig zu kompensieren. Zudem scheint sich das Wachstum 1984 und 1985 nicht fortzusetzen.

Die Zunahme der realen Entwicklungshilfe war zum größeren Teil von der bilateralen Zusammenarbeit getragen. Einige wichtige DAC-Geberländer — allen voran die USA und Großbritannien — üben zunehmend Zurückhaltung gegenüber bestimmten multilateralen Entwicklungshilfe-Institutionen. Da die übrigen Geber dies nicht ausgleichen werden, dürfte diese Art der Hilfe auch künftig weiter an Gewicht verlieren. Dies ist aus verschiedenen Gründen zu bedauern⁴: Die multilaterale Hilfe konzentriert sich besonders auf die ärmsten Länder; sie ist in der Regel nicht an Lieferungen bestimmter Geber gebunden; sie ist überdurchschnittlich auf Projekte und Programme der Grundbedürfnisbefriedigung gerichtet; außenpolitische Interessen und Prestigeprojekte einzelner Geber spielen eine geringere Rolle. In den betreffenden Institutionen ist hervorragender Sachverstand mit umfangreicher und langjähriger Erfahrung versammelt, was zwar Fehler nicht ausschließt, doch deren Wiederholung unwahrscheinlicher macht. Und schließlich: Die Entwicklungsländer haben in den meisten multilateralen Institutionen ein größeres Mitspracherecht. Gegen die multilaterale Hilfe wird vor allem eine geringere Effizienz und schlechtere Kontrollierbarkeit mancher Institutionen ins Feld geführt. Die positiven Aspekte dürften bei fast allen Institutionen deutlich überwiegen. Im längerfristigen Durchschnitt wird knapp ein Drittel der deutschen Entwicklungshilfe über multilaterale Kanäle vergeben. Das entspricht recht genau dem DAC-Durchschnitt, der 1982/83 bei 33 vH lag.

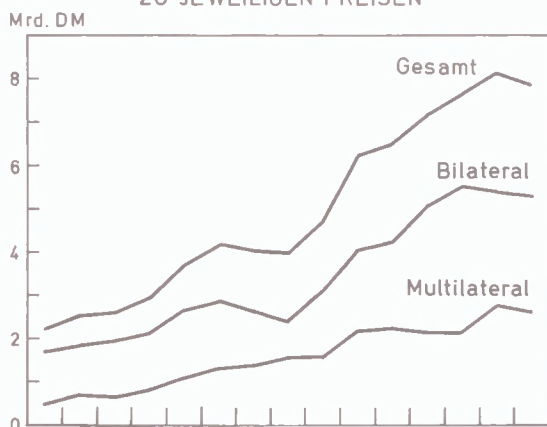
³ Die OECD deflationiert mit dem Sozialprodukt-Deflator der einzelnen Mitgliedsländer. Für die Bundesrepublik Deutschland ergab eine Testrechnung mit einem Mischdeflator aus den Preisindizes des Staatsverbrauchs und der Ausrüstungsinvestitionen, daß Verzerrungen allenfalls gering sein dürften. In dieser Studie wird deshalb ebenfalls der Sozialprodukt-Deflator zur Preisbereinigung benutzt.

⁴ Vgl. Siegfried Schultz: Die Entwicklungshilfepolitik der Bundesrepublik Deutschland. In: Konjunkturpolitik. Heft 4/1982, S. 234 – 253, bes. S. 249 ff.

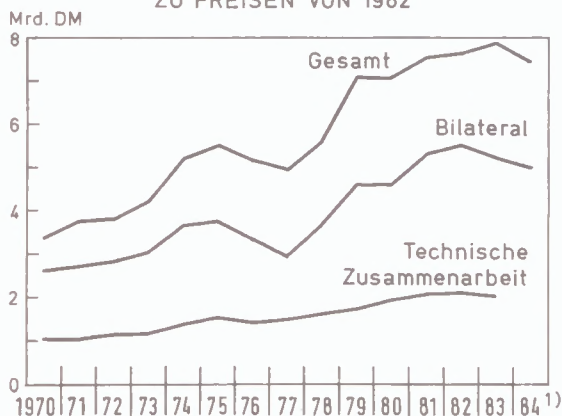
1981 senkte vor allem Großbritannien seine Entwicklungshilfe drastisch. Auch die USA waren — vor allem bei der Ausstattung der multilateralen Institutionen (Weltbank-Gruppe und Vereinte Nationen) — restriktiv.

ENTWICKLUNGSHILFE DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND NETTO-AUSZAHLUNGEN

ZU JEWEILIGEN PREISEN



ZU PREISEN VON 1982



1) Vorläufig.

Quellen: BMZ, KfW.

DIW 85

Gebremste Steigerung und neuerdings Rückgang der deutschen Entwicklungshilfe

Die Bundesrepublik Deutschland war eines der wenigen Länder, die ihre Entwicklungshilfe real von Ende der 70er Jahre bis 1983 kontinuierlich gesteigert haben. Allerdings sind — im Zusammenhang mit der Drosselung der Staatsausgaben insgesamt — die Zuwachsraten in den letzten Jahren geringer geworden. Über die deutsche Entwicklungshilfe für 1984 liegen vorläufige Daten vor⁵. Danach sind die ODA-Nettoauszahlungen um rund 240 Mill. DM zurückgegangen (3 vH). Berücksichtigt man die Preissteigerungen, so errechnet sich ein Rückgang um fast 5 vH. Die Relation ODA/Bruttosozialprodukt sank von 0,49 auf 0,45 vH. An dem Rückgang waren die multilateralen Leistungen etwas stärker beteiligt als die bilate-

ralen. Innerhalb des Blocks der bilateralen Leistungen lag die Summe der Schenkungen 1984 um 270 Mill. DM höher als im Jahr zuvor (nominal +8,4 vH, real +6,4 vH); darin ist auch die technische Hilfe enthalten.

Die rückläufige Entwicklung der Entwicklungshilfe-Auszahlungen im letzten Jahr ist eine erste Konsequenz der drastischen Drosselung der Zusagen von 1980 bis 1983. Vor allem bilaterale Projekte waren betroffen, hier war die Summe 1983 um 32 vH niedriger als 1980. Zwar waren die Zusagen 1980 infolge einiger Sonderfaktoren in der finanziellen Hilfe ungewöhnlich hoch⁶, doch stimmt es bedenklich, daß 1983, im letzten Jahr mit statistischem Nachweis, sogar die Zusagen für technische Zusammenarbeit gekürzt wurden. Dies ist vor allem deshalb nachteilig, weil gerade die personalintensiveren Projekte in weniger entwickelten Ländern, denen sich die Bundesrepublik vermehrt zuwenden will, eine längere Vorlaufzeit erfordern.

Von den Sparmaßnahmen ist auch der Haushalt des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ)⁷ betroffen gewesen. Zwar liegt sein Zuwachs über demjenigen des Gesamtetats, doch ist er bescheiden, vor allem angesichts der Personal- und Sachkostensteigerungen. Die vorläufigen Ergebnisse weisen für 1984 einen nominalen Ausgabenzuwachs von 2,5 vH aus; für 1985 sind 3,4 vH geplant. Das BMZ hat angekündigt, daß 1985 bei den Verpflichtungsermächtigungen die Restriktionsphase beendet werden könne. Wenn diese Absichten in die Tat umgesetzt werden, könnten die Zusagen erstmals wieder das Niveau von 1980 erreichen. Auszahlungswirksam würde dies dann aber erst in den folgenden Jahren. Für 1985 ist somit eher mit Stagnation als mit einer Zunahme der preisbereinigten Entwicklungshilfe zu rechnen.

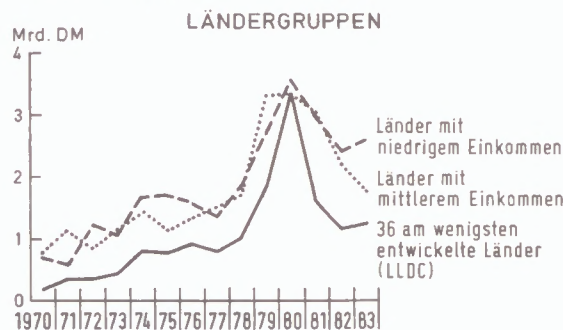
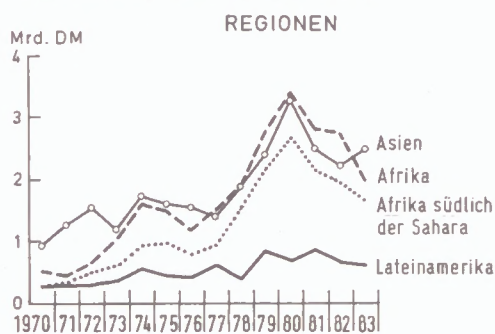
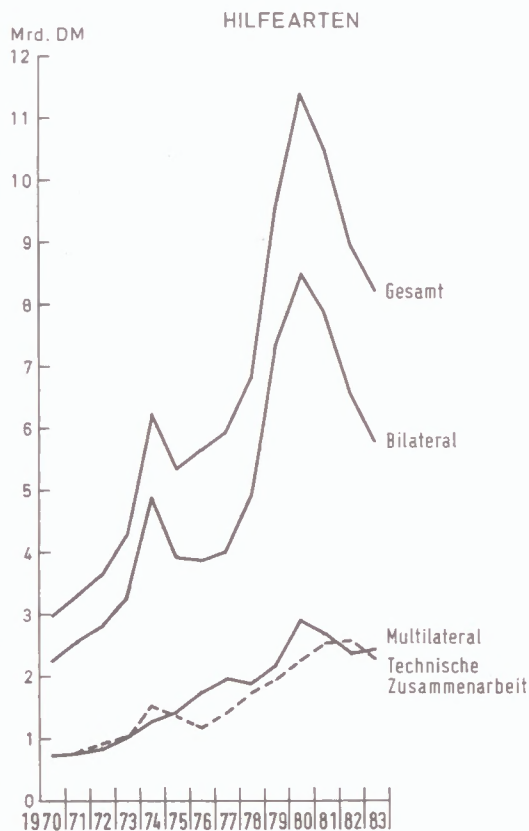
Im Vergleich zu den anderen Geberländern nimmt die Bundesrepublik mit ihren Entwicklungshilfeleistungen einen guten Mittelplatz ein. 1983 betrug die Relation von öffentlicher Entwicklungshilfe zu Sozialprodukt 0,49 vH, bei einem DAC-Durchschnitt von 0,36 vH. Die deutschen Hilfeanstrengungen übertreffen — so gesehen — diejenigen wichtiger anderer Industrieländer, z.B. der USA (0,24), Japans (0,33) und Großbritanniens (0,35). Dem absoluten Betrag nach war die Bundesrepublik 1983 mit 3,2 Mrd. \$ nach den USA (8 Mrd. \$), Saudi-Arabien (3,9 Mrd. \$) und Japan (3,8 Mrd. \$) der wichtigste Geber, noch vor Frankreich (2,5 Mrd. \$, gerechnet ohne Leistun-

⁵ Kreditanstalt für Wiederaufbau: Bericht über das Geschäftsjahr 1984, Frankfurt 1985, S. 67.

⁶ Vor allem wegen der Türkei-Hilfe und des Schuldenerlasses für LLDCs.

⁷ Aus dem Haushalt des BMZ werden rund drei Viertel der gesamten öffentlichen Entwicklungshilfe bestritten. Die übrigen Beiträge kommen zum größten Teil von anderen Ressorts (z.B. Auswärtiges Amt) und den Bundesländern.

ZUSAGEN FÜR STAATLICHE ENTWICKLUNGSHILFE DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND



Quelle: OECD.

DIW 85

gen an seine überseeischen Besitzungen). Die westdeutsche Entwicklungshilfe übertraf die des gesamten Ostblocks.

Deutsche Entwicklungshilfe regional breit gestreut

Die Bundesrepublik Deutschland gewährt grundsätzlich allen Ländern der Dritten Welt bilaterale Hilfe beim wirtschaftlichen und sozialen Aufbau. Wichtigstes Kriterium ist die Bedürftigkeit, wobei außen- und wirtschaftspolitische Ziele berücksichtigt werden. Die Bundesrepublik unterscheidet sich darin von anderen wichtigen Gebern, die sich stärker auf einzelne Partnerländer konzentrieren. So geben die USA erheblich weniger Ländern bilaterale Hilfe, wobei die außenpolitische — im Gegensatz zur entwicklungspolitischen — Orientierung nicht zu übersehen ist. Einen gewissen Ausgleich schafft der hohe Anteil der multilateralen US-Hilfe, der den USA allerdings auch einen besonders starken Einfluß auf die Vergabepolitik der multilateralen Hilfeorganisationen sichert. Die stärkste Konzentration weist die japanische Entwicklungshilfe auf; hiervon profitieren vor allem die Nachbarländer im pazifischen Raum.

In der breiten Streuung der Gesamthilfe aller DAC-Länder kommt zum Ausdruck, daß die einzelnen Geberländer ihre Prioritäten sehr unterschiedlich setzen. Die

Länderkonzentration¹ der Entwicklungshilfe wichtiger Geberländer

in vH

	Wichtigste... 5 Länder 1981/82 ³	10 Länder 1981/82 ³	LLDC ² 1982/83 ³
USA	34,4	43,8	16,9
Frankreich ⁴	34,7	47,1	16,0
Japan	36,0	53,2	18,4
Bundesrepublik Deutschland	24,0	33,8	25,4
Großbritannien	23,5	33,2	28,4
Niederlande	31,5	46,4	27,2
Kanada	23,9	34,3	27,8
Schweden	31,6	43,6	29,8
Alle DAC-Länder bilateral	18,5	28,3	20,9
OPEC-Länder und deren multilaterale Organisationen	58,9	75,9	22,1
RGW-Länder	81,7	90,5	.

¹ Anteil der Empfängerländergruppen an den gesamten öffentlichen Entwicklungshilfe-Nettoauszahlungen. —

² Einschließlich des implizierten Beitrags, der über multilaterale Kanäle geleistet wird. — ³ Im Jahresdurchschnitt. —

⁴ Einschließlich der überseeischen Gebiete DOM bzw. TOM.

Quelle: OECD: Geographical Distribution of Financial Flows to Developing Countries. Magnetband 1984.

außerordentlich hohe Konzentration bei der OPEC-Hilfe erklärt sich religionspolitisch, die noch stärkere bei der RGW-Hilfe außenpolitisch. OPEC-Hilfe wird fast nur gewährt, wenn sie Moslems zugute kommt, RGW-Hilfe geht zu 41 vH an Vietnam und zu 26 vH an Kuba.

Ein Merkmal der entwicklungspolitischen Qualität der Hilfeleistungen ist der Anteil, der auf die am wenigsten entwickelten Länder (LLDC) entfällt. In dieser Hinsicht liegt die Bundesrepublik mit 25 vH beim Vergleich der Geberländer im Mittelfeld. Der DAC-Durchschnitt wird vor allem von den USA, Frankreich⁸ und Japan gedrückt, während die meisten kleineren Geberländer deutlich höhere LLDC-Anteile realisieren. Aus der Entwicklung der Zusagen deutscher Hilfe läßt sich kaum Hoffnung schöpfen, daß der deutsche LLDC-Anteil an den Entwicklungshilfe-Nettoleistungen in der nächsten Zukunft wesentlich steigen wird. Nach DAC-Statistiken sank die Summe der deutschen Zusagen an LLDC in den Jahren 1982 und 1983 gegenüber dem vorangegangenen Zweijahreszeitraum um nicht weniger als 51 vH. Die jüngsten verstärkten Anstrengungen zugunsten der afrikanischen Länder südlich der Sahara könnten den Trend sinkender Zusagen (1980 bis 1983) stoppen, werden aber zum Teil erst mit Verzögerung zahlungswirksam. Gerade die Projekte zur Überwindung struktureller Schwächen — also Maßnahmen, die nicht nur der sofortigen Entlastung in Notsituationen dienen — benötigen längere Vorbereitungs- und Durchführungszeiten.

Vergleich der Entwicklungshilfe-Qualität

Neben der Verteilung nach Ländergruppen sind für die Qualität der Entwicklungshilfe eines Landes viele andere Kriterien wichtig. Soweit es die Entwicklungsländer selbst betrifft, stellt die Bundesregierung u.a. die hohe Bedeutung der Befriedigung von Grundbedürfnissen, insbesondere die Ernährung aus eigener Kraft heraus; ebenso erklärt sie es als ihr Ziel, Eigenanstrengungen in den Entwicklungsländern und Selbsthilfeaktivitäten der Betroffenen zu unterstützen⁹. Allerdings entzieht sich die Wirksamkeit der Entwicklungshilfe der genauen Messung. Damit eröffnet sich ein breites Feld für eine kritische Auseinandersetzung. Insbesondere sind die — fast ausschließlich — verfügbaren Input-Indikatoren nicht in der Lage, die vielfach beklagten Effizienzängel zu erfassen.

Um die Qualität der Entwicklungshilfe zwischen den Geberländern zu vergleichen, wird auf die vom DAC nach einheitlichen Methoden ermittelten Kriterien zurückgegriffen. Es sind dies: Anteil der technischen Hilfe, Mobilisierung von nicht-staatlicher Hilfe, sektorale Verteilung der Leistungen, Grad der Vergünstigung durch Vorzugskonditionen und Umfang der Lieferbindung. Gemessen an diesen Kriterien ist das Gesamtbild in vieler Hinsicht positiv für die deutsche Entwicklungshilfepolitik im internationalen Vergleich.

Wesentlich für die langfristige Entwicklung ist die Übermittlung von know-how durch *technische Zusammenarbeit*. Sie hält einen Anteil von etwa 40 vH an den deutschen ODA-Leistungen, deutlich mehr als im DAC-Durchschnitt. Die technische Zusammenarbeit hat sich — bedingt durch eine naturgemäß relativ stetige Personalpolitik — mit geringeren Schwankungen entwickelt als die übrigen Komponenten der bilateralen Hilfe. Von einer — positiv zu wertenden — Gewichtsverlagerung hin zu diesem personalintensiven Teil der Entwicklungshilfe kann freilich nicht gesprochen werden: Anfang der 70er Jahre lag sein Anteil ähnlich hoch wie heute. Die Bundesregierung hat allerdings die Absicht geäußert, diesen Bereich der Entwicklungshilfe vorrangig zu fördern. Im Interesse einer Steigerung und stärkeren Grundbedürfnisorientierung der technischen Hilfe lägen eine verbesserte Arbeitsplatzsicherung und Reintegrationsmöglichkeiten vor allem für die Entwicklungshelfer sowie eine Öffnung der Ausschreibungen für Anbieter aus Entwicklungsländern.

Die *Entwicklungshilfe privater Organisationen* — vor allem der Kirchen — ist besonders basis- und grundbedürfnisorientiert. Durch engen Kontakt zwischen den Gebern und den Zielgruppen ist sie oft überdurchschnittlich wirksam. Diese private Hilfe genießt deshalb eine — noch verbesserungsbedürftige — staatliche Unterstützung. In der Bundesrepublik Deutschland hat die private Entwicklungshilfe ein im Vergleich zum DAC-Durchschnitt deutlich größeres Gewicht (12 gegenüber 9 vH); es dürfte im laufenden Jahr infolge der Aktion „Ein Tag für Afrika“ und wegen der Stagnation der staatlichen Hilfe noch steigen. Das Engagement der Bürger sollte überdies als Ermutigung aufgefaßt werden, auch die staatliche Hilfe rascher auszuweiten.

Im Sinne einer grundbedürfnisorientierten Entwicklungspolitik¹⁰ ist die Verteilung der bilateralen ODA-Zusagen nach *Verwendungssektoren* um so positiver zu beurteilen, je höher der Anteil der Landwirtschaft, des Gesundheits- und des Ausbildungswesens ist. In dieser Hinsicht ist die Qualität der deutschen Hilfe nicht eindeutig einzustufen. Eine relative Stärke der deutschen Entwicklungshilfe liegt auf dem Ausbildungssektor (Bundesrepublik Deutschland 20 vH, DAC-Länder insgesamt

⁸ Von den französischen Entwicklungshilfe-Leistungen entfällt rund ein Drittel auf die Übersee-Départements oder -Territorien (DOM/TOM), die nicht zu den LLDC gezählt werden. Entsprechend geringer wird rein rechnerisch der LLDC-Anteil. Ohne die DOM/TOM liegt der LLDC-Anteil an der französischen Entwicklungshilfe in der Nähe des DAC-Durchschnitts.

⁹ BMZ: Sechster Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung vom 28. Februar 1985, S. 69 ff.

¹⁰ Die Bundesregierung hat den Anteil der Regierungszusagen für grundbedürfnisorientierte Vorhaben von 1982 bis 1984 (Soll) um 4 Punkte auf 32,5 vH gesteigert. Die Zusagensumme hat allerdings zuletzt stagniert. Internationale Vergleiche sind wegen uneinheitlicher Berichterstattung nicht möglich.

Indikatoren zur Qualität der öffentlichen Entwicklungshilfe (ODA)¹ der Bundesrepublik Deutschland

in vH

	1975	1979	1980	1981	1982	1983	Vergleich Bundesrep. Deutschland/DAC		
							1975	1980	1983
Bundesrepublik Deutschland									
ODA/BSP (Hundertstel vH)	40	45	44	47	48	49	111	116	136
ODA multilateral/ODA gesamt	31	35	35	29	28	34	113	104	104
ODA an 36 LLDC/ODA (bilateral)	22	24	25	24	24	21	111	130	121
Technische Zusammenarbeit/ODA (bilateral)	40	38	43	39	38	40	136	141	126
Private Entwicklungshilfe/ODA	12	12	12	12	12	12	122	134	137
Landwirtschaft/ODA-Zusagen (bilateral)	8	17	13	10	11	13	87	82	74
Gesundheitswesen/ODA-Zusagen (bilateral)	2	1	3	2	4	3	37	47	33
Ausbildung/ODA-Zusagen (bilateral)	15	17	19	17	20	20	136	99	124
Zuschußelement der ODA-Zusagen	88	85	87	85	89	89	99	97	97
Ungebundene Hilfe/ODA	66	76	77	69	67	68	163	138	119
Durchschnitt der Indikatoren	32	35	36	33	34	35	117	113	110
DAC-Länder insgesamt									
ODA/BSP (Hundertstel vH)	36	35	38	35	38	36	100	100	100
ODA multilateral/ODA gesamt	28	28	34	29	34	33	100	100	100
ODA an 36 LLDC/ODA (bilateral)	20	18	19	18	19	17	100	100	100
Technische Zusammenarbeit/ODA (bilateral)	30	29	30	29	29	32	100	100	100
Private Entwicklungshilfe/ODA	10	9	9	8	8	9	100	100	100
Landwirtschaft/ODA-Zusagen (bilateral)	9	18	16	17	15	17	100	100	100
Gesundheitswesen/ODA-Zusagen (bilateral)	4	7	7	8	8	8	100	100	100
Ausbildung/ODA-Zusagen (bilateral)	11	17	19	16	15	16	100	100	100
Zuschußelement der ODA-Zusagen	89	91	90	90	90	91	100	100	100
Ungebundene Hilfe/ODA	40	53	56	50	56	58	100	100	100
Durchschnitt der Indikatoren	28	31	32	30	31	32	100	100	100

¹ Sofern nicht anders vermerkt: Netto-Auszahlungen staatlicher Entwicklungshilfe (ODA).

Quellen: OECD: Development Co-Operation. Review, versch. Jahrgänge. — OECD: Geographical Distribution of Financial Flows to Developing Countries. Magnetband 1984.

16 vH). Die Anteile der Landwirtschaft und des Gesundheitswesens sind dagegen geringer als im DAC-Durchschnitt. Insgesamt richtet sich die deutsche Hilfe stärker als der DAC-Durchschnitt auf Infrastruktur- und Gewerbeprojekte, die allerdings — ebenso wie die Ausbildungshilfen — langfristige Entwicklungsmöglichkeiten eröffnen können. In der gegenwärtigen schwierigen Ernährungslage gerade in den ärmeren Entwicklungsländern wäre es sinnvoll, den Anteil der Landwirtschaft an der deutschen Entwicklungshilfe zu erhöhen.

Der durchschnittliche Grad der *Vergünstigung* der Entwicklungshilfeleistungen gegenüber kommerziellen Konditionen wird durch das „Zuschußelement“¹¹ gemessen. Die Bundesrepublik hat diese Kennziffer kontinuierlich erhöht — sie lag bei den Zusagen 1983 bei 89 vH; gegenüber dem DAC-Durchschnitt ist dies ein Rückstand um 2,5 vH-Punkte. Bei der Erhöhung spielte auch die allmähliche Hinwendung zu den bedürftigsten Ländern eine Rolle, die von der Bundesrepublik ebenso wie von anderen Gebern grundsätzlich keine Kredite mehr, sondern

ausschließlich Zuschüsse erhalten. Bei den deutschen Zusagen an LLDC erreicht das Zuschußelement 98 vH (DAC-Durchschnitt 94 vH).

Überdurchschnittliche Qualität der deutschen Entwicklungshilfe ist gefährdet

Alle Geberländer vergeben Darlehen und Zuschüsse teilweise unter der Bedingung, daß die Mittel für die Lieferungen aus dem Geberland ausgegeben werden (*Lieferbindung*). Über den Umfang der vertraglich festgelegten Lieferbindung wird ebenfalls von allen DAC-Mitgliedern berichtet. Auch in dieser Statistik schneidet die deutsche Entwicklungshilfe noch gut ab: Gut zwei Drittel der ODA-Bruttoauszahlungen werden als ungebunden ausge-

¹¹ Je höher die Zinsvergünstigung und je mehr tilgungsfreie Jahre, desto höher ist das Zuschußelement eines Entwicklungskredits. Bei einer Schenkung beträgt es 100 vH.

wiesen (gewogener DAC-Durchschnitt 58 vH)¹². Dieser Indikator hat sich für die Bundesrepublik allerdings nicht verbessert, sondern seit 1980 knapp 10 Prozentpunkte eingebüßt. Hier schlägt sich das bereits seit dieser Zeit zunehmend wirksam werdende Prinzip nieder, die deutsche Entwicklungshilfe auch in der Bundesrepublik Deutschland „beschäftigungswirksam“ zu machen. Die Leitsätze dieser Politik lauten: Die Bundesregierung strebt schon bei der Auswahl, aber ebenso in der Durchführung der Vorhaben „in allen entwicklungspolitisch geeigneten Fällen“ Beschäftigungswirksamkeit an. Für die Auswahl der Projekte sollen zwar die allgemeinen entwicklungspolitischen Kriterien maßgebend sein, sind jedoch mehrere Projekte entwicklungspolitisch gleichwertig, so wird das Projekt mit dem größeren deutschen Liefervolumen vorgezogen¹³. In der Praxis ist der entwicklungspolitische Wert kaum eines Projekts ex-ante genau meßbar, es kann nur festgestellt werden, ob das Vorhaben überhaupt sinnvoll ist. Somit erscheinen alle Projekte als im wesentlichen gleichwertig, und die Entscheidung über die Förderung kann primär nach dem Kriterium der Beschäftigungswirksamkeit in Deutschland getroffen werden. Dies muß sich in der DAC-Statistik nicht unbedingt niederschlagen, da die faktische Lieferbindung nicht im Projektvertrag dokumentiert sein muß, um wirksam zu werden.

Über den Wert der Lieferbindung für Geber- und Nehmerland gibt es zahlreiche Untersuchungen; zumindest unter entwicklungspolitischen Gesichtspunkten überwiegen infolge Ausschaltung des Wettbewerbs die Nachteile. Dies kann auch durch Preisvergleich und Preisprüfung seitens der Geberbehörden nicht verhindert werden, da sich die Prüfung nur auf inländische Angebote erstreckt und echte Konkurrenz nicht ersetzen kann. Zudem ist die Beschäftigungswirkung der Lieferbindung im Vergleich zu derjenigen bei offenen Märkten für ein wettbewerbsstarkes Industrieland wie die Bundesrepublik gering. Es besteht sogar die Gefahr des Umschlags in negative Wirkungen, wenn andere Geber auf die deutsche Lieferbindung mit Gegenmaßnahmen reagieren. Auch kann nicht ausgeschlossen werden, daß mit dem Instrument der Lieferbindung veraltete Produktionsstrukturen in der Bundesrepublik konserviert werden¹⁴.

Besonders lebhaft ist in diesem Zusammenhang die Diskussion um die *Mischfinanzierung*¹⁵. Dabei werden Entwicklungshilfemittel mit kommerziellen Krediten zu einem einheitlichen Darlehensvertrag gekoppelt, der dem Nehmerland günstigere Konditionen bietet, von der Bundesregierung in voller Höhe als Entwicklungshilfe abgerechnet werden kann und gänzlich oder zum weit überwiegenden Teil zur Finanzierung deutscher Waren- und Dienstleistungsexporte dient. Diese Verbindung mit deutschen Lieferungen ist Folge der Notwendigkeit, den kommerziellen Kreditanteil durch Hermes-Bürgschaft abzuschern. Derartige Garantien werden nur für deutsche Ausfuhrgeschäfte gewährt, so daß Mischkredite de facto eine

Lieferbindung bewirken, ohne daß der Vertrag dies ausdrücklich ausweist.

Die Mischfinanzierung genießt gegenwärtig bei der Bundesregierung hohe Priorität. Sie ist nach Angaben von Minister Warnke von 440 Mill. DM 1982 auf knapp zwei Mrd. DM 1984 gesteigert worden¹⁶. Das Zuschoßelement der deutschen Entwicklungshilfe wird mit der Ausweitung der Mischkredite sinken, hier liegt es im Durchschnitt bei gut 50 vH. Eine BMZ-Richtlinie stellt sicher, daß Entwicklungskredite, die einmal für ein Mischfinanzierungsvorhaben vorgesehen waren, bei Wegfall dieses Projekts nicht wieder allgemein verfügbar sind, sondern nur als „Starter“ für andere Mischkredite im selben Land verwendet werden dürfen.

Die entwicklungspolitische Absicht bestand darin, durch das Instrument der Mischfinanzierung zusätzliche Mittel zu mobilisieren, die sich durch hohe Wirksamkeit für die Entwicklung der Empfängerländer auszeichnen. Ob dies tatsächlich der Fall ist, oder ob ursprünglich geplante staatliche Leistungen z.T. durch kommerzielle Kredite ersetzt werden, mag dahingestellt bleiben; auf jeden Fall leidet nun die Qualität der deutschen Entwicklungshilfe: Mischfinanzierung, zumal mit dem Nebenziel der Beschäftigungswirksamkeit, wirkt sich negativ auf die Auswahl der Vorhaben aus, und die Länderverteilung verändert sich. So wurden in einer Reihe von Ländern Kleinprojekte, die armen Bevölkerungsschichten besonders zugute gekommen wären, zugunsten von den beschleunigt abzuwickelnden Mischfinanzierungen für Großprojekte, z.B. in der Stromversorgung und im Fernmeldewesen, zurückgedrängt. Für Mischkredite kommen überdies nur Länder in Frage, denen noch zusätzliche Schuldendienste zugemutet werden können, also kaum die ärmsten Entwicklungsländer.

Die entwicklungspolitische Problematik der Mischkredite könnte entschärft werden, wenn allgemein die „Beschäftigungswirksamkeit“ einen geringeren Stellenwert erhielte und eher im weltwirtschaftlichen Zusammenhang als in der „verzerrenden Optik des Bilateralismus“¹⁷ gesehen würde. Der BMZ-Anteil der Mischkre-

¹² Ohne Italien, für das keine Angaben vorliegen.

¹³ Vgl.: BMZ: Leitlinien für die bilaterale Finanzielle und Technische Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern vom 23. Februar 1983. — BMZ: Sechster Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung vom 28. Februar 1985.

¹⁴ Vgl. Dieter Schumacher: Lieferbindung taugt nicht zur Steigerung der Beschäftigung. In: Entwicklung und Zusammenarbeit. Heft 2/1985, S. 8–10.

¹⁵ Vgl. Die Grünen im Bundestag: Mischfinanzierung und Lieferbindung: Mißbrauch der Entwicklungshilfe — Dokumentation und Analyse. Bonn, September 1984. — Die Bundesregierung nahm zu den Vorwürfen in ihren Antworten auf Kleine Anfragen der Grünen Stellung in den Bundestagsdrucksachen 10/1387 und 10/1951.

¹⁶ Entwicklung und Zusammenarbeit. Heft 5/1985, S. 25.

¹⁷ Schumacher, a.a.O.

dite sollte verstärkt zur Deckung der lokalen Kosten und vor allem zur Beschaffung von Material und Leistungen aus anderen Entwicklungsländern verwendet werden. Eine solche verstärkte Süd-Süd-Kooperation könnte auch durch geänderte Ausschreibungsmodalitäten gefördert werden. Sie hätte nicht nur den Einsatz angemessener Technologien zur Folge, sondern auch eine erhebliche Verbilligung der Hilfe. Eine Ausweitung der Mischfinanzierung wäre bei alledem nur vertretbar, wenn sie flankiert würde von einer zumindest gleichrangigen Ausweitung der Zuschüsse an die ärmsten Länder und für

Grundbedürfnisprojekte in den Ländern, die für Mischfinanzierung in Frage kommen.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß ein neuer Vorstoß zur Steigerung der deutschen Entwicklungshilfe und zur Verbesserung ihrer entwicklungspolitischen Qualität dringend zu wünschen ist. Insbesondere sollte sich die Erkenntnis durchsetzen, daß sich die Entwicklungshilfe nicht als Instrument der Beschäftigungspolitik eignet. Die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist so groß, daß entwicklungspolitische Grundsätze ihretwegen nicht geopfert werden müssen.

Mittelfristige Tendenzen der Baunachfrage in Berlin (West)

Die Produktion des Baugewerbes in Berlin ist in den letzten Jahren ständig gestiegen, und zwar vor allem aufgrund einer forcierten Ausweitung des öffentlich geförderten Wohnungsbaus. Diese Entwicklung wird nicht anhalten. Im Wohnungsneubau zeichnet sich sogar eine deutliche Verringerung der Bautätigkeit ab. Der vorliegende Bericht analysiert das Ausmaß dieses Rückgangs sowie die Nachfragetendenzen in anderen Baubereichen. Eine derartige Einschätzung des Berliner Baumarcktes wird vom DIW jährlich vorgenommen; hier für den Zeitraum 1985 bis 1988¹.

Die Vorausschätzung der Nachfrage nach Bauleistungen in Berlin stützt sich primär auf die mittelfristigen Planungen öffentlicher Stellen. Sie bilden eine gute Basis, da der Staat direkt über eigene Baumaßnahmen — Investitionen wie Instandhaltung —, und indirekt — über die Subventionierung des Wohnungsbaus — mehr als drei Viertel der Berliner Bauleistung bestimmt. Gleichwohl ist zu bedenken, daß Präzision und Realisierungswahrscheinlichkeit dieser Ansätze zum Ende der Planungsperiode geringer sind als am Anfang. Darüber hinaus werden Bauplanungen privater gewerblicher Investoren herangezogen, die zumeist kurzfristiger angelegt sind. Aspekte der Bedarfsentwicklung werden in der vorliegenden planungsorientierten Betrachtung nur insofern berücksichtigt, als sie in den Planungen enthalten sind, eigene Bedarfsanalysen wurden nicht herangezogen. Die Ergebnisse dürften trotz der zum Ende des Untersuchungszeitraums größer werdende Fehlermarge sowohl für die baupolitischen Instanzen als auch für die Unternehmen der Bauwirtschaft in der Stadt als Orientierungsrahmen geeignet sein.

Abgrenzung und sektorale Gliederung der Bauproduktion folgen der Bauvolumensrechnung des Statistischen Landesamtes; Preisbasis ist 1983. Die vorliegende Darstellung beschränkt sich auf den Teil der Bauausgaben, der auf Bauhaupt- und Ausbaugewerbe entfällt.

Starker Rückgang des Wohnungsneubaus

Nach der mittelfristigen Finanzplanung des Landes Berlin wird der öffentliche geförderte Wohnungsneubau — er umfaßt nahezu alle in Berlin neu errichteten Wohnungen — von 7 500 Einheiten, dem Niveau der Jahre 1982 bis 1984, über 7 000 im laufenden Jahr bis auf 4 500 im Jahre 1988 reduziert. Bei der Umsetzung dieser Programmzahlen in bauwirksame Nachfrage wurden die nach Mietwohnungen und Eigentumsobjekte differenzierten reinen Baukosten der 1983 genehmigten Wohnungen zugrundegelegt — im Durchschnitt knapp 200 000 DM je Wohnungseinheit. Die Verteilung der Nachfrage auf die einzelnen Jahre des Untersuchungszeitraums wurde

anhand der zuletzt beobachteten mittleren Fertigungsdauer — der Zeitspanne zwischen Genehmigung und Fertigstellung der Gebäude — vorgenommen.

Unter diesen Voraussetzungen könnte die Produktion im Wohnungsneubau bereits in diesem Jahr um etwa 20 vH zurückgehen. Die Abnahme ist damit stärker als nach der Entwicklung der Förderungsprogramme zu erwarten. Die mit 11 800 Einheiten außerordentlich hohe Zahl von Fertigstellungen im Wohnungsbau im letzten Jahr ging nämlich mit einer starken Verminderung des Bauüberhangs einher; hier hat neben der beschleunigten Abwicklung der Förderungsanträge die erhebliche Verkürzung der durchschnittlichen Fertigungszeit unter dem Einfluß veränderter Bauweisen eine wichtige Rolle gespielt. In den nächsten Jahren wird die Produktion dann mit ähnlichem Tempo abnehmen wie die Zahl der geförderten Wohnungen; 1988 dürfte der Produktionswert im Neubaubereich schließlich nur noch halb so groß sein wie 1984.

Der drastischen Einschränkung der Neubauförderung steht zwar zunächst eine rapide Steigerung der mit öffentlichen Mitteln induzierten Maßnahmen im Altbereich gegenüber: Allein von 1984 bis 1986 wird von den baupolitischen Instanzen eine Zunahme der subventionierten Modernisierung und Instandsetzung um 50 vH erwartet. Auch bei optimistischen Annahmen über das durch die öffentlichen Programme mobilisierte private Kapital kann jedoch höchstens die Hälfte des Rückgangs der Neubauproduktion kompensiert werden. Nach 1986 ist eine Kürzung der Modernisierungs- und Instandsetzungsprogramme vorgesehen. 1988 wird die gesamte Bauleistung im Wohnungsbau mit 2,34 Mrd. DM um fast 30 vH unter dem Niveau von 1984 (3,26 Mrd. DM) liegen.

Investitionsschub der Versorgungsunternehmen bewirkt Ausweitung im gewerblichen Bau

Befragungen des DIW bei den Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes, die auch die absehbaren Neuansiedlungen berücksichtigen, sowie Informationen bedeutender Investoren aus anderen Wirtschaftsbereichen lassen erwarten, daß die Nachfrage nach Bauleistungen im privatwirtschaftlichen Bereich in den nächsten Jahren stabil bleiben wird. Lediglich für 1985 zeichnet sich, vor allem als Folge der befristeten Investitionszulage und der dadurch hervorgerufenen Vorzieheffekte, eine Abschwächung ab.

¹ „Tendenzen der bauwirtschaftlichen Entwicklung in Berlin (West) bis zum Jahre 1988“, Gutachten des DIW im Auftrage des Senators für Finanzen, Berlin, November 1984 (als Manuskript vervielfältigt). Die dort vorgelegten Ergebnisse wurden aktualisiert.

Entwicklung der Baunachfrage¹ in Berlin (West) nach Baubereichen und Gewerbezeigen 1983 bis 1988

Baubereich / Gewerbezeig	1983	1984	1985	1986	1987	1988
	Mill. DM (zu Preisen von 1983)					
Wohnungsbau	2 940	3 260	2 940	2 800	2 530	2 340
Gewerblicher Bau	1 680	1 710	1 740	1 790	1 830	1 780
Öffentlicher und Verkehrsbau	2 150	2 380	2 420	2 510	2 520	2 540
Alle Baubereiche	6 770	7 350	7 100	7 100	6 880	6 660
davon: Bauhauptgewerbe	4 405	4 810	4 650	4 600	4 430	4 290
davon: Hochbau	3 305	3 600	3 350	3 210	3 060	2 920
Tiefbau ²	1 100	1 210	1 300	1 390	1 370	1 370
Ausbaugewerbe	2 365	2 540	2 450	2 500	2 450	2 370
	Entwicklung (1984 = 100)					
Wohnungsbau	90	100	90	86	78	72
Gewerblicher Bau	98	100	102	105	107	104
Öffentlicher und Verkehrsbau	90	100	102	106	106	107
Alle Baubereiche	92	100	97	97	94	91
davon: Bauhauptgewerbe	92	100	97	96	92	89
davon: Hochbau	92	100	93	89	85	81
Tiefbau ²	91	100	107	115	113	113
Ausbaugewerbe	93	100	96	98	96	93
	Struktur in vH					
Wohnungsbau	43	44	42	39	37	35
Gewerblicher Bau	25	23	24	25	27	27
Öffentlicher und Verkehrsbau	32	33	34	36	36	38
Alle Baubereiche	100	100	100	100	100	100
davon: Bauhauptgewerbe	65	65	65	65	64	64
davon: Hochbau	49	49	47	45	44	43
Tiefbau ²	16	16	18	20	20	21
Ausbaugewerbe	35	35	35	35	36	36

¹ Leistungen von Bauhauptgewerbe und Ausbaugewerbe in der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung des Statistischen Landesamtes Berlin. — ² Straßenbau und sonstiger öffentlicher Tiefbau sowie Tiefbau der Versorgungsbetriebe (Bewag, Gasag, Wasserwerke).

Quelle: Berechnungen und Schätzungen des DIW.

Eine kräftige Ausweitung ihrer Bautätigkeit planen die öffentlichen Wirtschaftsunternehmen, auf die rund 40 vH des Bauvolumens im gewerblichen Bereich entfallen. Zu Buche schlagen dabei insbesondere Maßnahmen im Zusammenhang mit der Sicherung der Energieversorgung: der Kraftwerksneubau, das Zehn-Jahres-Programm für die Kraftwerksmodernisierung, die Erweiterung des Fernwärmenetzes sowie der Anschluß Berlins an den Erdgasverbund. Hinzu kommen Bauten im Bereich der Trinkwassergewinnung. Können diese Vorhaben planmäßig durchgeführt werden, so ergibt sich für den gewerblichen Bau bis 1987 eine leichte Erhöhung der Nachfrage von 1,71 Mrd. DM auf 1,83 Mrd. DM, ein Niveau, das 1988 voraussichtlich nicht ganz gehalten werden kann. Dabei wird der Anteil des Tiefbaus im Zeitablauf deutlich zunehmen.

Verhaltenes Wachstum des öffentlichen Baus

Die Bautätigkeit im öffentlichen und Verkehrsbau ist in entscheidendem Maße abhängig von der Nachfrage des Landes Berlin und dessen Regiebetrieben, die zusammen mehr als zwei Drittel aller Aufträge in diesem Bereich vergeben. Folgt man der mittelfristigen Investitionsplanung, so werden die realen bauwirksamen Ausgaben² kontinuierlich steigen. 1988 wird die Nachfrage des Landes Berlin (einschließlich Regiebetriebe) mit 1,9 Mrd. DM um 13 vH über dem Wert im Jahre 1984 liegen. Keine Steigerungen, teilweise sogar deutliche Rück-

² Die veranschlagten Kosten für Neubauten wurden um die Mittel für Erstausrüstung von Gebäuden, die nicht bei der Bauwirtschaft nachfragewirksam werden, bereinigt.

gänge sehen dagegen die Bauplanungen der meisten übrigen öffentlichen Bauherren — Bund, Sozialversicherung, Kirchen und freie Wohlfahrtspflege — vor. Gleichwohl gehen vom öffentlichen Bau die stärksten Nachfrageimpulse für das Baugewerbe aus. Überdurchschnittlich ausgeweitet werden soll die Nachfrage nach Hochbauten, während das Bauvolumen im Straßenbau und sonstigen Tiefbau — von einem sprunghaften Anstieg im Jahre 1986 abgesehen — kaum expandiert.

Fazit

Nach den vorliegenden Planungen geht die Nachfrage nach Leistungen des Baugewerbes — zu Preisen von 1983 — von 7,4 Mrd. DM im Jahre 1984 auf 6,7 Mrd. DM im Jahre 1988 zurück; dies bedeutet eine Abnahme von über 2 vH im Jahresdurchschnitt. Bei dieser Entwicklung wird das Produktionspotential der Berliner Bauwirtschaft schrumpfen. Schon bei einer sehr vorsichtigen Einschätzung der Produktivitätssteigerung von 0,5 vH jährlich, bei der dämpfende Wirkungen aus der Umschichtung der Produktion vom Rohbau zum Ausbau berücksichtigt sind,

muß bis 1988 mit einem Verlust von 7 000 der gegenwärtig rund 60 000 Arbeitsplätze im Baugewerbe gerechnet werden. Der Zwang zur Anpassung der Kapazitäten an die verringerte Nachfrage erstreckt sich dabei nicht nur auf die Betriebe des Bauhauptgewerbes, sondern — wenngleich in geringerem Maße — auch auf den Ausbaubereich.

Der Beschäftigungsrückgang wird noch stärker ausfallen, wenn es der Berliner Bauwirtschaft nicht gelingt, sich besser als bisher gegen die auswärtige Konkurrenz durchzusetzen. In den letzten Jahren ist ein zunehmender Teil der gestiegenen Nachfrage an westdeutsche Anbieter gegangen. Dies zeigt sich einmal an der geringen Abnahme der Zahl arbeitsloser Bauarbeiter in Berlin — eine Tatsache, die nicht allein auf Qualifikationsdefizite zurückgeführt werden kann, zum anderen an der rapiden Zunahme der Bezüge von Fertigteilen. In Anbetracht der in vielen Regionen des Bundesgebietes schwachen Baunachfrage und bei der in diesem Wirtschaftszweig hohen Mobilität von Sachkapazitäten und Arbeitskräften muß auch künftig mit einer offensiven Marktstrategie westdeutscher Unternehmen in Berlin gerechnet werden.

Aus den Veröffentlichungen des DIW Sonderhefte

Erscheinen als neue Folge wieder seit 1948. Format DIN A 5.

- Nr.122 **Konzeption einer Strukturberichterstattung für die Bundesrepublik Deutschland.** Möglichkeiten und Grenzen der Analyse sektoraler Strukturentwicklungen. Von Bernd Görzig und Wolfgang Kirner, unter Mitarbeit von Reiner Stäglich. 68 S. 1978. DM 28,60.
- Nr.123 **Zweimal deutsche Sozialpolitik.** Von Peter Mitzscherling. 136 S. 1978. DM 26,—.
- Nr.124 **Forschung und Entwicklung in der Berliner Industrie.** Ergebnisse einer Befragung. Von Burkhard Dreher. 112 S. 1978. DM 36,—.
- Nr.125 **Maßnahmen für eine sichere und umweltverträgliche Energieversorgung.** Von Urs Dolinski und Hans-Joachim Ziesing unter Mitarbeit von Klaus-Dieter Labahn. 379 S. 1978. DM 148,—.
- Nr.126 **Zur Lage und Entwicklung der deutschen Filmwirtschaft.** Von Burkhard Dreher. 93 S. 1978. DM 32,80.
- Nr.127 **Neuberechnung der Wegekosten im Verkehr für das Jahr 1975.** Von Heinz Enderlein. 48 S. 1978. DM 18,60.
- Nr.128 **Regionalplanung und regionale Wirtschaftsstruktur in der Deutschen Demokratischen Republik.** Von Angela Scherzinger und Herbert Wilkens. 89 S. 1979. DM 33,60.
- Nr.129 **Das Kaufkraftverhältnis zwischen D-Mark und Mark (DDR). Eine Neuberechnung.** Von Charlotte Otto-Arnold. 76 S. 1979. DM 24,60.
- Nr.130 **Industrielle Strukturprobleme und sektorale Strukturpolitik in der Europäischen Gemeinschaft.** Von Fritz Franzmeyer. 160 S. 1979. DM 59,60.
- Nr.131 **Zur Interdependenz der Bevölkerungs- und Arbeitsplatzentwicklung.** Grundlagen eines simultanen interregionalen Modells für die Bundesrepublik Deutschland. Von Herwig Birg. 290 S. 1979. DM 118,—.
- Nr.132 **Zum Problem der Substitutionsmöglichkeit von Mineralölprodukten durch andere Energieträger** — dargestellt am Beispiel eines Bundeslandes. Von Urs Dolinski und Klaus-Dieter Labahn. 106 S. 1980. DM 44,60.
- Nr.133 **Möglichkeiten der künftigen Strombedarfsdeckung in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Eckhard Casser, Jörg-Peter Weiß und Hans-Joachim Ziesing. 131 S. 1980. DM 55,30.
- Nr.134 **Lohnentwicklung und Lohnpolitik als Bestimmungsgründe konjunktureller Verläufe und struktureller Verschiebungen.** Von Hans-Peter Basler. 102 S. 1981. DM 44,80.
- Nr.135 **Elemente regionaler Wohnungsmarktmodelle und offene Fragen der Wohnungsmarktanalyse.** Von Bernd Bartholmai. 43 S. 1982. DM 22,60.
- Nr.136 **Entwicklung und Struktur des deutsch-sowjetischen Handels — Seine Bedeutung für die Volkswirtschaften der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion.** Von Jochen Bethkenhagen und Heinrich Machowski. 83 S. 1982. DM 44,—.
- Nr.137 **Berechnung der Kosten für die Wege des Eisenbahn-, Straßen-, Binnenschiffs- und Luftverkehrs in der Bundesrepublik Deutschland für das Jahr 1981.** Von Heinz Enderlein. 59 S. 1983. DM 22,60.
- Nr.138 **Die Bedeutung des innerdeutschen Handels für die Wirtschaft der DDR.** Von Doris Cornelsen, Horst Lambrecht, Manfred Melzer und Cord Schwartau. 203 S. 1983. DM 84,—.
- Nr.139 **Beurteilung der Wirtschaftlichkeitsschwelle und Analyse der Produktionskapazitäten bei neuen Technologien zur Energieeinsparung in mittel- und längerfristiger Sicht.** Von Hans-Joachim Ziesing. 458 S. 1983. DM 198,—.
- Nr.140 **Neuorientierung in den Beziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Entwicklungsländern.** Von Fritz Franzmeyer, Hans J. Petersen (Hrsg.). 251 S. 1984. DM 44,60.
- Nr.141 **Messen und Ausstellungen als expansive Dienstleistungen.** Von Uwe Müller. 100 S. 1985. DM 22,60.
- Nr.142 **Präferenzregelung der Forschungs- und Entwicklungsförderung in Berlin.** Von Kurt Hornschild. 68 S. 1985. DM 19,80.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (030) 82 99 10 — Telefax (030) 82 99 12 00
BTX-Systemnummer : 2 99 11 #

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp
Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer,
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Dr. Reinhard Pohl, Peter Ring (kommissarisch), Dr. Horst Seidler, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner, in Vertretung Dr. Jochen Bethkenhagen und Dieter Teichmann

Deutsche Entwicklungshilfe im internationalen Vergleich — überdurchschnittliche Qualität gefährdet. Bearbeitet von Herbert Wilkens.—
Mittelfristige Tendenzen der Baunachfrage in Berlin (West). Bearbeitet von Horst Droege

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.
Druck: Zippel-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 100,—, vierteljährlich DM 30,—, Einzelnummer DM 4,—.
Zuzüglich Versandkosten.